

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at

Nummer 4 / Okt. 2015

Liebe KollegInnen und Kollegen!



Flüchtlingswelle – die Folge der Kriege des Westens

Die Flüchtlingswelle, die in den letzten Monaten Österreich erreicht hat und einen schrecklichen Tiefpunkt mit den 71 toten Flüchtlingen im LKW in Parndorf fand, hat bei vielen Menschen in Österreich eine große Betroffenheit hervorgerufen.

10.000e Österreicher beweisen bis heute ihre konkrete Hilfsbereitschaft und Unterstützung für die Flüchtlinge: durch die Aufnahme von Flüchtlingen in vielen Gemeinden in Österreich, durch Hilfe für die Menschen in Traiskirchen und auch

an den Bahnhöfen in Österreich und an den Grenzen.

Trotz aller Hetze und Gräuelpromaganda bzw. Angstmacherei zeigte sich durch ganz Österreich eine Welle der Solidarität!

Gleichzeitig gehen die Streitereien der Parteien um Zelte, Quartiere, Quoten und unter anderem auch um das Lager Traiskirchen weiter. Es war und ist überfüllt, die Menschen leben z.T. unter schlechten Bedingungen. Im Auftrag der Innen-

ministerin führt die private Sicherheitsfirma ORS bzw. als deren Subunternehmen die Siwacht, das Lager. Die Firma ORS bekommt, soweit wir wissen, pro Flüchtling bezahlt, sie ist also an einer möglichst großen Zahl von Flüchtlingen interessiert und nicht primär an deren Wohlergehen. Doch das Sagen in Bezug auf Traiskirchen hat Innenministerin Mikl-Leitner. Sie erweckte längste Zeit den Eindruck, dass sie sowohl den Österreichern als auch den Flüchtlingen im Ausland anhand von Traiskirchen zeigen will, dass wir von Flüchtlingen überlaufen werden, was jetzt erst der Fall ist, und das dies die öffentliche Ordnung störe bzw. bedrohe. Die Botschaft war und ist: Die Flüchtlinge sind bei uns nicht willkommen, sie mögen am besten gar nicht kommen oder gleich weiterziehen.

Kriegstreiber und Flüchtlinge

Während die Kriegstreiber Milliarden für Rüstung ausgeben, allein die USA gibt jährlich 1000 Mrd. für Rüstung, erhält die UNO von den Staaten die Krieg führen, weniger Geld für die Flüchtlingshilfe. Hauptschuldner ist die USA mit ca. 1,1 Milliarden Dollar. Schon 2013 ist es bei der UNO vor allem auf Druck der USA und mehrerer EU-Staaten zu einer starken Kürzung des Budgets und zum Stellenabbau gekommen.

Heuer hat die UNO nur ca. 2 Milliarden Euro der benötigten ca. 4,5 Milliarden Euro zur Versorgung der ca. 4,4 Millionen Flüchtlinge in der Türkei, Jordanien, Libanon, Irak zur Verfügung. Deshalb hat die UNO z.B. die Gelder für Lebensmittel für die Lager von 100.000en Menschen in Jordanien, die auf ein Ende des Krieges in Syrien hoffen und zurückkehren wollen, gekürzt. Erst das hat die Menschen zur weiteren Flucht – z.B. in Richtung Europa – veranlasst.

Für die Bekämpfung der Flüchtlingsströme in Form von hunderte Kilometer langen, vier Meter hohen Zäunen (z.B. Ungarn), noch mehr Polizei- und „Sicherheitsüberwachung“ sowie durch direkt militärische Mittel wie z.B. Panzer gegen Flüchtlinge in Bulgarien oder Kriegsschiffe der „internationalen Gemeinschaft“ vor Libyens Küste usw., werden Milliarden Euro, ausgegeben. Allein der Aufbau des Zaunes in Ungarn kostet so viel wie die Versorgung der Flüchtlinge in jordanischen Lagern bis Jahresende.

Auch Deutschland an vorderster Front mit dabei

Für die EU-Staaten, Deutschland, Frankreich, Italien ist vor allem auch die starke Präsenz im Mittelmeer mit ihrer Marine wichtig und zwar

nicht nur zum Jagen von Schlepperbooten. Die Marinemissionen dienen der EU, vor allem Deutschland auch zur Machtausweitung mit militärischer Präsenz in diesem Raum. Die EU ist wirtschaftlich schon die stärkste Macht der Welt, Deutschland, die führende EU-Macht, kooperiert und steht in Konkurrenz mit den USA, nicht nur wirtschaftlich sondern zunehmend auch militärisch. Zunehmend strecken beide Mächte ihre Fühler nach Afrika aus. „Afrika z.B. ist ein weiteres wichtiges Ziel der deutschen Konzerne“, sagte u.a. der Chef des Bundes der deutschen Industrie (BDI). Das deutsche Militär ist in Mali und in Somalia bereits aktiv.

In einem Strategiepapier des EU-Instituts für Sicherheitsstudien heißt es schon 2010:

„Die Transformation Europäischer Streitkräfte von der Landesverteidigung in Richtung Intervention und Expeditionskriegszügen ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Europäische Sicherheitsstrategie.“ Die wichtigste Aufgabe sei es, „die transnationalen funktionellen Ströme und deren Knotenpunkte“ sicherzustellen: also vor allem die Waren-, Kapital- und Rohstoffströme. Das erfordere „globale militärische Überwachungskapazitäten und die Fähigkeit zur Machtprojektion“.

Die Angstmacherei in ganz Europa vor den Flüchtlingen dient auch zur Legitimierung des Ausbaus des Militärapparates bzw. zur Ausweitung der EU-Kriegspläne. Auch beim Kriegführen soll Österreich, geht es nach dem Willen der Herrschenden bzw. nach dem Willen aller Parteien, entgegen unserer Neutralität, mitmachen.

Außenminister Kurz fordert die Präsenz österreichischer Soldaten in einer von der Türkei in Syrien geplanten Schutzzone für syrische Flüchtlinge. Wer das umsetzen will, muss für einen Kriegseinsatz bereit sein, denn dort herrscht Krieg mit dem IS, Rebellen und Assads Armee.

Diese „Mission“ ist mit Österreichs Neutralität völlig unvereinbar. Im Übrigen fordert Verteidigungsminister Klug schon österreichische Soldaten für eine Militärmission in Mali. In Mali hat Frankreich 2013 militärisch interveniert, die Region ist nicht sicherer geworden, im Gegenteil - da wird Krieg geführt! In Mali gibt es eine UN-Kriegs-Mission, Minusma, die bisher gefährlichste Militäraktion, in die 9000 Soldaten abgesandt sind. Schon 56 UN-Soldaten wurden im Zuge

dieser Mission getötet. Da hat das neutrale Österreich ebenfalls nichts verloren!!

Die Ursachen der Flüchtlingswelle

Als Ursache der Flüchtlingswelle wird uns praktisch nur die IS vorgegeben, auch Bundespräsident Fischer äußert sich dahingehend. Nicht erwähnt wird:

Es waren und sind die Kriege, die vorwiegend die USA in Afghanistan und Irak führten und führen und die sie gemeinsam mit der EU, mit den Westmächten, Frankreich, England und auch Deutschland in Libyen und Syrien führen und finanzieren, die Millionen Menschen in die Flucht getrieben haben und treiben. Diese Kriege um Einflussphären, Rohstoffquellen zerstörten ganze Regionen, ja ganze Staaten und hinterlassen hunderttausende Tote und Verletzte und Millionen von Flüchtlingen, die vorwiegend innerhalb der Staaten und in die angrenzenden Regionen bzw. Staaten fliehen. Die Vertreibung von ganzen Völkern verursacht unsägliches Leid und Elend. Diese Kriege werden unter dem Vorwand für „Demokratie“, „Menschenrechte“, die „westliche Wertegemeinschaft“, für die „Freiheit“ geführt. Als Folge der Kriege der USA im Irak gibt es im Land selbst heute ca. 3,6 Millionen Flüchtlinge, weitere 2 Millionen flüchteten ins Ausland, vor allem nach Syrien. In Syrien sind über 50% der Bevölkerung, das sind ca. 12 Millionen Menschen, auf der Flucht. Von den insgesamt ca. 60 Millionen Flüchtlingen weltweit sind 40 Millionen Binnenflüchtlinge, d.h. sie bleiben im eigenen Land. Von den 20 Millionen weiteren gehen 86 % in die Anrainerstaaten, das sind ca. 17,5 Millionen.

Flüchtlinge: Türkei 2 Millionen, Libanon 1,5 Millionen, Jordanien 650.000, Irak ca. 250.000, Pakistan 1,5 Millionen, Iran 1 Million, Äthiopien ca. 1 Million, usw. Von den verbleibenden ca. 2,5 Millionen Flüchtlingen könnten 2015 u.U. bis zu 1 Million Flüchtlinge nach Europa kommen. Die EU hat über 500 Millionen Einwohner, das wären dann bei 1 Million Flüchtlingen 0,2%. Im Übrigen gibt es durch den in den USA mit Hilfe der EU geführten Staatsstreich in der Ukraine ca. 2 Millionen Binnenflüchtlinge und 2 Millionen Ukrainer, die nach Russland geflohen sind.

Österreich mit dabei

Wenn Bundespräsident Fischer es ernst meint, wenn er sagt, dass die Ursachen der Flüchtlingsströme beseitigt gehören, dann muss die Kriegspolitik von USA, EU, Deutschland, Frankreich usw. vehement angeprangert, verurteilt werden. Auch Österreich darf dabei in keiner

Weise, weder bei der Propaganda, noch mit finanziellen oder militärischen Mitteln, mitmachen! Doch das Gegenteil passiert:

Das von den Kriegstreibern verursachte Flüchtlingselend und die Flüchtlingsströme werden auf höchster internationaler Ebene bis nach Österreich zu einer miesen Politik der Menschenhatz, zur Angstmacherei und Einschüchterung der Menschen in Europa verwendet. Im Interesse der Konzern- und Macheliten richtet sich die Propaganda letztlich auch gegen die arbeitenden Menschen überhaupt. Auf Verlangen der (Profit-)Wirtschaft wurden schon seit Jahrzehnten ausländische Arbeitskräfte nach Österreich geholt und die Zuwanderung gefördert. Das waren und sind billige Arbeitskräfte bei uns, die die Unternehmer schon immer zum Lohn drücken verwendet haben. Und heute sollen die hereinstömenden Flüchtlinge ebenfalls als Lohn drücker missbraucht werden. Sie sollen als Ablenkung und Ursache für die ganze Belastungspolitik herhalten, die heute auf dem Rücken der Werk tätigen in ganz Europa niedergeht. Inländer sollen gegen die Ausländer, Christen gegen Muslime usw., also die Menschen gegeneinander aufgebracht, entsolidarisiert und Mitmenschen zum Feind erklärt werden. Die Menschen sollen reif gemacht werden, noch mehr Ausplünderung hinzunehmen. Die Herrschenden missbrauchen so das Flüchtlingsleid für ihre Zwecke.

Das ist eine menschenverachtende, rechte Politik der Regierungen im Interesse der Großkonzerne, Banken und Versicherungen und dient direkt einer noch offeneren rechten Politik wie sie vor allem die FP, im Namen von Heimatschutz, vertritt, einer Politik, die die Oberen schützt und die Unteren belastet. Jetzt heißt es wieder, die Ausländer sind schuld, dass es uns schlechter geht, Wohnungen teuer, Arbeitsplätze zu anständigen Bedingungen Mangelware sind. Schuld, so heißt es aber auch, sind die Arbeitslosen und Mindestsicherungsbezieher, die angeblich alle nicht arbeiten wollen, obwohl es nur für 10% der Arbeitssuchenden offene Stellen gibt, oder die Pensionisten, weil sie schon im Ruhestand sind und angeblich zu viel Pension bekommen. Industrie und Wirtschaft wollen keine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, sondern dass wir noch mehr und länger für weniger Lohn arbeiten. Vertreter von Regierung und Industrie in Deutschland und Österreich sagen neuerdings, dass sie, vor allem besser ausgebildete, Flüchtlinge – das ist vorwiegend ein Teil der syrischen Flüchtlinge – aufnehmen wollen, weil sie die „Wirtschaft“ braucht. Die syrischen Flüchtlinge werden wohl als Lohn drücker für schlecht ausgebildete Arbeitskräfte benutzt.

Deutschland, Deutschland ...

... lassen Medienberichte Flüchtlinge rufen. Jahrelang haben Polit- und Wirtschaftseliten gegen Asylanten gehetzt („Das Boot ist voll“). Jetzt, nach der riesigen Solidaritätswelle der Menschen für die Flüchtlinge, jetzt auf einmal entdeckte Wirtschaft und Politik kurzfristig ihr „Herz für Flüchtlinge“, stellt sich v.a. Deutschlands Merkel als „Retterin Europas“ dar. Glaubt man den Medien, gehört Deutschland nun endlich zu den „Guten“. Dieses Image des „Guten“ soll u.a. zudecken, dass gleichzeitig Deutschlands Niedriglohnpolitik weite Teile Südeuropas deindustrialisiert und eine Sparpolitik aufgedrückt hat, die Sozialsysteme zerstört und Millionen Bürger in die Armut gestürzt hat. Es soll davon ablenken, dass allen voran deutsche Banken und Konzerne den Ruin Griechenlands betreiben, dass sich auch Deutschland am Krieg in Afghanistan beteiligt, dass es Waffen an Saudi-Arabien liefert, dass es bereits mit Kriegsschiffen im Mittelmeer präsent ist. Deutschland hat 2015 im ersten Halbjahr schon für 6,5 Milliarden Euro Waffen exportiert, das ist ein absoluter Rüstungsexportrekord, schon 2 ½ Mal mehr als im Vorjahr.

Es geht um Kriegsvorbereitungen und Krieg um Einflussphären, Rohstoffquellen, geopolitischen Einfluss der USA und ihrer Konkurrenten in der EU. Die USA bereiten den Krieg gegen Russland und China vor, gegen Russland rüsten sie die Ukraine auf und schufen einen permanenten Kriegsherd. Bis 2019 will das Pentagon nun 40 amerikanische Langstreckenraketen mit neuen Atomsprenköpfen in Deutschland installieren, diese sind direkt gegen Russland gerichtet.

Ein unverdächtiger Zeitzeuge, der frühere stellvertretende US-Finanzminister Paul Craig Roberts, schrieb dazu im August 2014:

„Eines Tages werden die Europäer aufwachen. Dann wird ihnen bewusst werden, dass Washington für sie nichts tut, außer sie vor einer nicht existierenden ‚russischen Gefahr‘ zu schützen, während es den Menschen in Europa riesige Kosten aufbürdet, indem es die Europäer als Truppenaufgebot (Kanonenfutter) im Krieg der USA um die Weltherrschaft verwendet. Früher oder später müssen die Europäer realisieren, dass die ihnen von den USA zugeteilte Rolle nicht in ihrem Interesse ist und sie direkt in den Dritten Weltkrieg führt, in dem die Europäer die ersten Opfer sein werden.“

Es gibt nur gute Gründe, dass Österreich, wie es auch an die 90% der österreichischen Bevölkerung will, die Neutralität beibehält.

Herz oder Hirn?

Es geht nicht nur darum, wie viele Flüchtlinge die EU von der zu erwartenden einen Million Flüchtlinge (= 0,2% der 500 Millionen Einwohner) aufnehmen will, es ginge auch darum, unter welchen Bedingungen! Damit meinen wir: Die Wirtschaft, die primär von den Flüchtlingen profitiert, soll auch die Kosten tragen. Eine 1%-ige Besteuerung der Finanztransaktionen in der EU würde mindestens 7.000 Milliarden Euro bringen! Geld ist genug da, es ist nur falsch verteilt. Doch es passiert, wie fast immer, das Gegenteil, jetzt werden die Kosten und Belastungen von den Herrschenden wieder auf die Masse der Menschen, auf die, die wenig haben, abgewälzt. Das ist Wasser auf die Mühlen der Rechten, die hinter einer sozialen Maske, ebenso wie die anderen Parteien auch, die Politik für die Unternehmer machen.

Es geht eben nicht primär um „Herz“ (Flüchtlinge aufnehmen) oder „Hirn“ bzw. „Härte“ (Grenzen dicht machen), wie die Medien jetzt anlässlich der Wahlen behaupten!

Es geht darum: Wir sind alle Opfer dieser (Profit-) Wirtschaft, die uns über niedrige Löhne, unleistbare Wohnungen, steigende Preise bzw. Steuern und Abgaben, Sozialabbau, Sparen im Gesundheitswesen, stark steigender Arbeitslosigkeit usw. immer mehr ausplündert. Davon abzulenken, dienen Sündenböcke, nun auch die Flüchtlinge! Diese Wirtschaft nützt nur den Reichen und um der Profite willen nehmen sie auch Krieg in Kauf!

Während die Profitwirtschaft absoluten Vorrang hat (z.B. Hypo: 25 Milliarden Euro aus unseren Steuern für die Banken, Anteilhaber, Aktienbesitzer), sollen wir den Gürtel noch enger schnallen, mehr und länger bei Lohnkürzung zu arbeiten, die Krisenfolgen werden auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen. Die Profitwirtschaft hat auch bei uns für immer mehr Menschen keine Perspektiven zu bieten. Die Arbeitslosigkeit steigt in ganz Europa weiter an, v.a. auch die Jugendarbeitslosigkeit z.B. in Spanien 48%, Portugal 30%, Griechenland 51%, Italien 40%, auch Österreich hat schon eine reale Jugendarbeitslosigkeit von an die 20%. Die Menschen vieler Regionen, ja der ganzen Süden Europas, werden zu Flüchtlingen in der EU selbst. Zu den Kriegsflüchtlingen aus Nahost und Afrika kommen die Millionen von v.a. jungen Binnenflüchtlingen der EU. Profitwirtschaft und ihre Kriege rauben den Menschen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Das lässt v.a. junge

Menschen sich mit den Asylsuchenden solidarisieren, wie die Demonstrationen in ganz Europa zeigen. Ihre Lage ist ähnlich. Deshalb soll von den Herrschenden genau diese Achse zerstört, die Menschen entsolidarisiert werden. Dazu braucht es Ablenkung, Sündenböcke, Feindbilder, wie die Kriegsflüchtlinge. Die Flüchtlingsfrage soll davon ablenken, dass dieses System nur mehr einer Handvoll Superreichen nützt, die große Mehrheit der Menschen auch bei uns zahlt drauf.

Die Demonstration in Wien am 31.8. mit ca. 25.000 TeilnehmerInnen, hat gezeigt, dass viele Menschen diese Politik nicht mehr gutheißen. Während die Herrschenden einen Zaun quer durch Europa ziehen wollen und den Menschen bei uns damit sagen, „seid froh, dass ihr hier im ordentlichen Westen – bei den reichen Staaten – seid, euch geht es ja noch so gut, begnügt euch damit und muckt nicht auf, die anderen sollen schauen, wo sie bleiben“. Sie sollen draußen bleiben, außerhalb des Zaunes. Doch dieses System nützt in der Hauptseite nur mehr einer

Hand voll Superreichen, die große Mehrheit der Menschen auch *innerhalb* Europas, zahlt immer mehr drauf. Die Politik, „gebt den Reichen, nehmt allen anderen“, schafft längst auch in ganz Europa die neue Armut.

Der Krieg zwischen Arm und Reich geht quer durch Europa.

Die 500 größten Konzerne kontrollieren heute 52% des Weltbruttosozialprodukts! (Ziegler)

1% der Menschen besitzen so viel wie die 99% übrigen zusammen! (Ziegler)

Es ist genug Geld da für die Pensionen, für leistbare Wohnungen, für Gesundheit, für Bildung, für ausreichende Löhne, für die Menschen, die am Existenzminimum leben usw.

Überlassen wir nicht den Reichen das Schicksal dieser Welt, sie haben Krise, Unterdrückung und Krieg als Rezept.

Nehmen wir diese, unsere Welt, selbst in die Hand!

Kurzer Nachtrag zur Wahl in Oberösterreich

Es geht nicht nur um Herz/Humanismus/Anständigkeit gegenüber Härte/Verstand wie uns im Vorfeld der Wahlen weisgemacht wurde. Es ist auch nicht so, wie jetzt Politiker von Schwarz/Rot/Grün sagen, dass es bei den Wahlen nur um das Flüchtlingsthema ging. Es ging und geht auch und nicht zuletzt um die Themen Arbeitsplätze, Einkommen, Sozialabbau, Pensionsreduktion, um die Sorgen der Menschen um ihre Zukunft. Die Menschen haben zu Recht

zunehmend das Vertrauen verloren, dass die Regierung, dass die Herrschenden die Anliegen der arbeitenden Menschen wahrnehmen werden.

Ein Teil hat FPÖ gewählt, die Partei, die die Menschen gegeneinander ausspielt, die als „soziale“ „Heimatpartei“ auftritt und erst Recht die Interessen der Herrschenden vertritt, die Partei die in diesen Krisen- und Kriegszeiten das Profit-Geschäft besorgen soll.

Flüchtlingsdemo in Wien

Am 31. August 2015 fand in Wien unter dem Motto „Mensch sein in Österreich“ eine Demonstration gegen die offizielle Flüchtlingspolitik statt.

Dem privaten Aufruf der jungen Frau Nadja Rida, die mehrmals Hilfsgüter nach Traiskirchen gebracht hat, schlossen sich einige Organisationen und NGOs, wie SOS Mitmensch, Asyl in Not, die Volkshilfe und die Diakonie an und etwa 25.000 Menschen kamen zur Demo. In den Reden wurde über den katastrophalen Umgang mit den Flüchtlingen in Traiskirchen berichtet, aber auch über das beschämende Gezänk zu deren Unterbringung nach ihrer „polizeilichen Registrierung“. Die, von privater Seite

gespendeten Zelte, wurden zwar samt den darin befindlichen Habseligkeiten „geräumt“ - dafür wurden große Gemeinschaftszelte errichtet und damit wieder jegliche Privatsphäre zerstört. Nach wie vor schlafen Menschen im Freien und die Verpflegung und ärztliche Versorgung sind total unzureichend. Auch der Staatsbesuch durch den Bundespräsidenten, den Regierungschef und die Innenministerin hat daran nichts geändert. Die menschenunwürdigen Zustände spielen sich nun hinter den Zäunen der Polizeiakademie ab und der Zugang durch Hilfsorganisationen wird immer noch nicht gestattet. Nach massivem, öffentlichem und auch internationalem Druck wurde Amnesty International und auch den Ärzten ohne Grenzen ein „kontrollierter“ Besuch gestattet.

Deren Berichte wurden zwar eingangs als Anregung vom Innenministerium entgegengenommen - jedoch kurz darauf als unwahr und übertrieben diffamiert. Ein Redner bei der Demo berichtete jedoch von einem Filmdokument über 37 Stunden, welches durch einen eingeschleusten „Flüchtling“ mit versteckter Kamera gedreht wurde und welches die von den NGOs beschriebenen Zustände nicht nur bestätigt, sondern noch viel drastischer vorfindet und zeigt. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die Schlepper, welche die dramatische Notlage von Menschen ausnützen Verbrecher sind und auch bestraft gehören, dass aber die noch größeren Verbrecher jene sind, die sie in die Hände der Schlepper treiben. Hier ist nicht nur der IS gemeint, sondern jene Mächte die durch ihre jahrelangen Kriege erst das Chaos mit dem IS erzeugt haben und sogar diesen mit Waffen und Ausbildung unterstützen (USA, EU, Golfstaaten). Wenn nun die verzweifelte Menschen von dort fliehen müssen, schützt sich das sogenannte offizielle „christliche Abendland“ durch Kriegsschiffe, Zäune und unmenschlicher Behandlung der Flüchtlinge und fördert somit Schlepper.

Alle Stellungnahmen machten deutlich, dass es sehr vielen Menschen der Zivilgesellschaft nun reicht und dass sie die Dinge selber in die Hand nehmen wollen. Zum Abschluss wurde noch ein von Josef Hader (SOS-Mitmensch) formulierter offener Brief an die Politik vorgelesen. Hier wurden die verantwortlichen Politiker aufgefordert die breite Mitmenschlichkeit großer Bevölkerungsteile endlich zu unterstützen, um wenigstens noch Reste von Anstand zu retten. Der Demonstrationzug zog dann unter dem häufigen Applaus von Passanten in Richtung Innenstadt. Songs wie "Es fängt genauso an" von STS und "A Mensch möcht i bleiben" von Wolfgang Ambros wurden gesungen. Am Ende der Kundgebung vor dem Parlament wurde auch der 71 toten Flüchtlinge aus dem Lkw an der A4 im Burgenland gedacht. Zum Lied "Gebt uns endlich Frieden" von Georg Danzer entzündeten zahlreiche Teilnehmer Kerzen.

Seither sind nun einige turbulente Wochen vergangen, mit Auswüchsen der Unmenschlichkeit, wie z.B. Tränengas und Militär gegen Flüchtlinge in Ungarn, Kroatien und Slowenien. Unsere Politiker fordern die Aufteilung der Flüchtlinge nach Quoten auf alle europäischen Staaten, ohne jedoch auch gleichzeitig einheitliche Asylverfahren zu verlangen. Die Chance als Flüchtling laut Genfer Konvention anerkannt zu werden liegt derzeit in Schweden bei 70 %, in Ungarn und den früheren Osteuropäischen Staaten praktisch bei null (Ö ca. 30%, D ca. 45%). Ein

negativer Asylbecheid in einem EU-Land ist aber für die gesamte EU bindend und endet in der Illegalität und Abschiebung dieser Menschen in die physisch und auch menschlich zerstörten Ausgangsstaaten, aus denen sie geflohen sind. Bei uns haben die Aktivitäten der Innenministerin und der Regierung, die man mit dem Ausdruck „Inkompetenz mit böser Absicht“ zusammenfassen könnte, soweit gewirkt, dass die Mehrheit der Flüchtlinge nicht in Traiskirchen landen will und möglichst schnell in Richtung Deutschland weite zieht.

Die aufgerüttelte und sehr hilfsbereite Zivilgesellschaft wird von der Politik benutzt um die erschöpften Menschen zu laben und humanitär durchzuwinken. Auch die Aktion des Bundespräsidenten Heinz Fischer, der sich in der Slowakei bei seinem Amtskollegen Andrej Kiska persönlich für die angebotene Untermiete von 500 Flüchtlingen im westslowakischen Gabcikovo bedankt hat, wird durch die Unterstützung eben dieser slowakischen Regierung für Victor Orbán und seine rechtspopulistische Politik noch peinlicher. Die Slowakei lehnt Flüchtlinge ab, die Bewohner von Gabcikovo wehren sich gegen die Flüchtlinge als Untermieter und selbst aus den skandalösen Erstaufnahmelagern in Österreich will kein Flüchtling in dieses Gabcikovo und zu diesen ablehnen- den Menschen transferiert werden. Jetzt will man zur weiteren Abschreckung von Menschen, die vielleicht in Österreich um Asyl ansuchen könnten, Flüchtlinge auch gegen ihren Willen dorthin verfrachten. Bei Widerstand wird der Verlust der Grundversorgung angedroht. Die anfänglich heimlichen „Orban-versteher“ in unseren Politikerreihen treten nun immer offener an die Öffentlichkeit, oder setzen sich mit diesem Rechtspopulisten zusammen. Eine Rechtspolitik wie in Ungarn, die mit offener Fremdenfeindlichkeit, privaten bewaffneten Schutzdiensten und gewaltsamen Übergriffen auf arme Minderheiten große Akzeptanz besitzt, gewinnt leider auch bei uns immer mehr an Boden. Zu hoffen wäre, dass sich das positive Moment der Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung stärker organisiert und vernetzt, denn Flüchtlinge, die vor kriminellen Mächtigen fliehen müssen, werden leider die Zukunft bestimmen und die derzeit herrschende Politik steht der Bewältigung dieser Aufgaben nicht nur im Wege, sondern ist für diese unmenschlichen Zustände mitverantwortlich.

PS: Bei den Demonstrationen am 31.8 und am 3.10 2015 wurden von unserer Seite Flugblätter im Sinne des Hauptartikels dieser Ausgabe verteilt. Der Inhalt ist auf www.atomgegner.at - unserer Homepage - nachzulesen.

Deutscher Atomausstieg?

Gerne wird Deutschland als Vorbild für die „Energiewende“, weg vom Atom, hervorgehoben. Doch die Wirklichkeit ist eine andere.

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt gibt es im Nordwesten Deutschlands an der deutsch-niederländischen Grenze eine Anhäufung von Unternehmen der Atomindustrie, die trotz des Ausstiegsbeschlusses von vor vier Jahren einfach weiterarbeiten: Unrenco, eine Firma im Besitz des britischen und niederländischen Staates und der deutsche Energiekonzerne E.ON und RWE, produziert in Gronau und im grenznahen Almelo angereichertes Uran für jedes zehnte AKW weltweit!

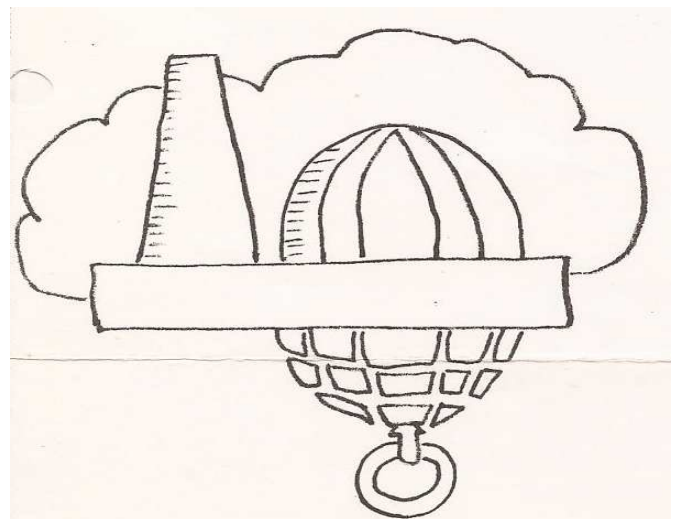
Im nicht weit entfernten Lingen im Emsland wird das angereicherte Uran zu Brennstäben weiterverarbeitet. Die Brennelemente-Fabrik Advanced Nuclear Fuels (AFN) gehört dem französischen Staatskonzern Areva und beliefert ebenfalls AKWs in Deutschland und weltweit. Außerdem läuft in Lingen noch ein AKW von RWE bis 2022. Während das Atommülllager von Gorleben unsicher und leck ist und schon seit bald 40 Jahren von der Bevölkerung massiv bekämpft wird und auch wegen der Atom-Castor-Transporte dorthin berühmt berüchtigt ist, entsteht im Städtchen Ahaus im Münsterland ein sogenanntes Zwischenlager für radioaktiven Abfall, das genauso groß und gefährlich ist wie Gorleben.

Atomausstieg? Die Urananreicherung in Gronau und die Brennelemente-Produktion in Lingen haben eine unbefristete Betriebserlaubnis! Damit sind sie nicht Teil des deutschen Atomausstieges! Das erklärte vor kurzem die deutsche Bundesregierung. Ungeheuerlich! Dabei ist nicht nur der Atommüll in der Zukunft, sondern bereits die Anreicherung von Uran heutzutage enorm umweltschädlich und gefährlich. Dabei wird nämlich das chemisch instabile, radioaktive, sehr giftige und aggressiv ätzende Uranhexafluorid verwendet. Große Tanks davon stehen

ungeschützt an den Produktionsstätten der AKW bzw. werden auf Straßen, per Bahn oder Schiff transportiert. Die Öffentlichkeit weiß davon nichts. Ebenso wenig davon, dass die Fähigkeit, Uran anzureichern, auch militärisch von höchster Bedeutung ist.

„Die Urananreicherung steht für Deutschlands Fähigkeit, innerhalb weniger Wochen genug spaltbares Material für den Bau einer Atom- bombe herstellen zu können“, sagt Ursula Schöberger, Politikwissenschaftlerin und Redakteurin der Online-Dokumentation *atommuellreport.de*.

Mit den Zentrifugenanlagen, die bei Unrenco in Gronau und im niederländischen Almelo stehen, ist das technisch möglich. Abgereichertes Uran, so die Bezeichnung für den Abfall aus der Urananreicherung, ist besonders umweltschädlich. Aber ist ein wertvoller Ausgangsstoff für Kriegsmunition. Uranmunition ist besonders schwer und bricht Panzer (siehe USA-Krieg gegen den Irak 2003).
(Quelle: Politik-Forum Nr. 6/2015)



4 1/2 Jahre nach dem Mega-Super-GAU von Fukushima:

Japan schaltet erstes AKW wieder ein

Keine Sicherheit – keine Energienotwendigkeit – nur tödliches Profitstreben!

Das unabhängige japanische Institut für Nachhaltige Energiepolitik (ISEP) hat errechnet, dass Japan bis 2050 von Energie-Importen unabhängig sein könnte, wenn es heute die Weichen in Richtung erneuerbare Energien stellen

würde (Quellen: Presse, Kurier, Atomkraftfreie Zukunft). Unmöglich? Japan ist von Wasser umgeben, der Wind bläst andauern und stark und auch viel Erdwärme ist vorhanden, die aber bewusst nicht genutzt wird (siehe Ausgabe 1/15).

Geld regiert die Welt

Die Geldhaie saugen immer mehr Geld auf. So wie für den einzelnen Bürger, so ist es auch für die Staaten. Wer genug hat bekommt noch genug dazu. Das, was wir schon lange wissen, ist aufrecht und wird sogar noch immer weiter verstärkt: Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher.

Warren Buffet, der drittreichste Mann der Welt (72 Milliarden Dollar) benennt den zentralen Konflikt unserer Zeit:

„Das sollte jeder wissen, das ist der Krieg zwischen arm und reich. Meine Klasse, die Klasse der Reichen hat diesen Krieg begonnen und sie wird ihn auch gewinnen!“

(Zitiert in „Kriegstreiber am Werk“, Seite 35, bei uns erhältlich; entnommen der New York Times).

Das hofft der Milliardär, aber 99% der Menschen stehen auf der anderen Seite. Wir sollen erstarren, wie das Kaninchen vor der Schlange. Noch zögert die Masse der Menschen, aber zunehmend wird sie sich ihrer Kraft bewusst. Noch zögern die Regierungen weltweit und die Mächtigen auf allen Ebenen, von denen wir vermuten, dass sie längst mit den Reichen im Bunde sind. Sie alle zögern noch, diesem Sog des Geldes einen Riegel vorzuschieben und endlich für ausgleichende Gerechtigkeit zu sorgen.

Es geht nicht länger an, dass die Starken und Reichen alles für sich allein beanspruchen und ihre Verantwortung gegenüber der gesamten Menschheit nicht wahrnehmen wollen. Es geht nicht länger an, dass alles der Knechtschaft des Geldes untergeordnet wird, ob man zustimmt oder nicht. Die Masse der Menschen soll erbarmungslos arm gemacht werden.

Während Banken um Milliarden gerettet werden, redet man von Hartz IV für Österreich, also noch weniger Geld für die, die ohnehin keines mehr haben.

Während die deutsche Finanz im Zuge der Bankenkrise innerhalb von fünf Jahren 100 Milliarden Euro weniger an Zinsen für Staatsanleihen auszahlen musste, weil „German Bonds“ eine der sichersten Anlagen für Vermögen sind, musste Griechenland teilweise mehr als fünf Prozent an Zinsen für seine Schulden zahlen. Eine Alternative zur Reduzierung dieser Zinslast

durch eine Umschuldung würde eine Reduzierung des Zinssatzes sein. Wenn sich z.B. Griechenland zum EZB-Einlagesatz von 0,5% refinanzieren könnte, hätte es im letzten Jahr für den Zinsendienst anstatt 15,9 Mrd. Euro nur 1,7 Milliarden aufbringen müssen. Dadurch hätte die griechische Neuverschuldung nicht mehr 20,6 Mrd. Euro betragen, sondern wenigstens nur mehr 6,4 Mrd. Mit diesen Zahlen stünde Griechenland als Musterschüler da, weil die Neuverschuldung mit 2,8% sogar noch innerhalb der Maastricht-Kriterien läge.

Im Gegensatz zu Griechenland kann Deutschland aufgrund der geringen Zinsrückzahlungen bei seinen Staatsanleihen in diesem Jahr mit einem Budget ohne Neuverschuldung aufwarten. Von all dem Geld in Deutschlands Finanzsäckel sehen aber nur die Banken oder die Wirtschaft etwas, die Armen bleiben in Hartz IV gefangen.

Wenn Griechenland z.B. „frisches Geld“ benötigt muss es, statt der am „Markt“ üblichen Zinsen von 2,8% mehr als 5% bezahlen, also einen „Strafaufschlag“, obwohl es einen Europäischen Stabilisierungsmechanismus gibt. Die Banken verdienen prächtig an der „Rettung“ Griechenlands. Das Rad dreht sich immer weiter: Die gleichen Akteure (der „Markt“), die mit ihren Wetten auf die Verschuldung der Staaten diese in immer höhere Defizite getrieben haben, reden nun schon seit längerem über Staatsbankrotte. Privatisierung ist dabei eine der Methoden der Geldhaie. Mit ihr können sie noch mehr Geld und Sachwerte lukrieren, die wieder zu Geld gemacht werden können. Dadurch können sie sich noch mehr Vermögen einverleiben.

Die Entstehung des Unternehmens Staat vor 5.000 Jahren im Vorderen Orient sollte sicherstellen, dass der Einzelne nicht gegenüber einigen Wenigen, die sich's richten können, untergeht.

Die Entwicklung, dass der Staat mehr und mehr in den Besitz der Geldhaie gelangt, bringt den sicheren Untergang für einen Großteil der Menschen, jedenfalls eine Existenz unter jeder Menschenwürde und treibt die Welt in letzter Konsequenz in Kriegskatastrophen.

Lassen wir nicht zu, dass Freiheit und Leben von der Willkür der Reichen abhängen!

Bereiten wir dieser Willkür mit unserem energischen Widerstand ein Ende!

Aufgelesen:

Klassenmedizin

Es gab einmal einen Traum von einer klassenlosen Gesellschaft, in der die Menschen nach ihren Bedürfnissen gefragt würden und nicht nach ihrer Brieftasche.

Inzwischen haben Geldhaie und der „freie Markt“ das Heft in der Hand und fragen nicht nach den Bedürfnissen der Menschen sondern nach ihrem Geld. Besonders drastisch und besonders schmerzlich, im wahrsten Sinn des Wortes, wird das in der medizinischen Versorgung deutlich. Wartezeiten bis zu zwei Jahren auf eine Hüftoperation auf Kassenkosten stehen im Extremfall einer sofortigen OP bei Barzahlung gegenüber.

Auf dieser Schiene läuft auch die gegenwärtige Verringerung von Kassenärzten gegenüber der drastischen Vermehrung von Wahlärzten in allen medizinischen Bereichen. Zum Beispiel gibt es in Wien trotz wachsender Bevölkerung derzeit schon rund 130 Kassenstellen weniger, während die Zahl der Wahlärzte in die Höhe schnellte. Mittlerweile gibt es bereits 891 Wahlfachärzte, das sind nur unwesentlich weniger als die 918 Fachärzte mit einem WGKK-Vertrag. Bei den Allgemeinmedizinern stehen 736 Kassenärzten schon 423 hauptberufliche Wahlärzte gegenüber. Bundesweit sei die Situation nicht anders, so der NÖ-Ärztelkammer-Präsident Reisner.

Viele dieser Wahlärzte betreiben ihre Ordinationen neben ihrer Arbeit in Spitälern, da die Tätigkeit abseits eines Kassenvertrages eine freie Zeiteinteilung ermöglicht und die freie Bestimmung des Tarifes, den sie verlangen. Im bestehenden Kassensystem sind Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten unattraktiv geworden. In einem konkreten Fall hatte ein Unfallchirurg einer Frau für ein Röntgen und eine Wundbehandlung 190,40 Euro verrechnet. Die Krankenkasse erstattete nur 14,28 Euro (Nicht 80% der Behandlungskosten, sondern 80% des dafür vorgesehenen Kassentarifs).

Wer es sich leisten kann, geht zum Wahlarzt, da bei ihm häufig rasche Terminvereinbarungen und geringe Wartezeiten möglich sind. Außerdem kann er sich mehr Zeit für den Patienten nehmen. Er verrechnet dies ja. Menschen mit geringem Einkommen haben keine Chance auf einen Wahlarzt und kurze Wartezeiten. Sie müssen warten, oft bis es zu spät ist für eine Erfolg versprechende Behandlung. Der Vizepräsident der Wiener Ärztekammer ist in diesem Fall, was selten ist, einig mit der Patientenanwältin Sigrid Pilz: Beide fordern für Wien 300 Kassenstellen mehr. Die Patientenanwältin schlägt darüber hinaus Ärztezentren vor, um eine umfassende Behandlung der kranken Menschen zu garantieren, die in diesen Zentren vor Ort durch entsprechendes Pflegepersonal garantiert werden könnte.

Unser viel gerühmtes Sozialsystem, um das uns viele Länder beneiden, ist krank und leidet unter Geldmangel. Weil in diesem Bereich gerne zuerst gespart wird, wenn der Staat wegen zu hoher Ausgaben kritisiert wird. Wenn alle Unternehmer ihre Sozialabgaben pünktlich bezahlen würden und eine Besteuerung überhöhter Vermögen, die ja den arbeitenden Menschen weggenommen wurden, erfolgte, gäbe es die Probleme der Zwei- oder Dreiklassenmedizin nicht mehr.

Wie ein Hohn klingt in diesem Zusammenhang ein Inserat in einer „großen“ Zeitung, in dem dargestellt wird, dass eine große Zahl von Menschen in einem starken System sich um unsere Gesundheit kümmert, indem sie + Spitzenmedizin für jeden Patienten, + leichten Zugang zu Ärzten und Krankenhäusern + und medizinischen Fortschritt für alle bieten!

Gehen wir gemeinsam gegen Gier und Unsolidarität an, setzen wir uns für menschliche Maßstäbe in unserer Gesellschaft ein!

(Quelle: KURIER, DIE ZEIT)

Das deutsche Wirtschaftswunder – eine Drohung!

Angefangen von unserem ÖVP Wirtschaftsminister, über zahlreiche Wirtschaftssprecher, wie dem der Industriellenvereinigung und des Wirtschaftsbundes, bis zu einigen roten „Spezialisten“ und erst recht die Sprecher der Stronach- und Haselsteinerpartei loben immer häufiger das deutsche Vorbild bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ganz besonders wird dabei die Hartz IV

Regelung gelobt, die nach diesen „Herren“ auch in Österreich angestrebt werden soll. Im Wesent-

lichen umfasst diese, nach dem deutschen Manager und SPD Politiker Peter Hartz benannte Regelung, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfeleistungen und die Kürzung der- selben auf solch geringe Beträge, sodass ein menschen-

würdiges Leben nicht mehr möglich ist. Die Betroffenen werden damit gezwungen, sich „um jeden Preis“ auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen.

Betrachtet man nun die angeblichen „Erfolge“ dieses Konzepts genauer, dann gab es vor der Einführung durch die rot/grüne Regierung 2002 in Deutschland etwa 5,5 Mio. Arbeitslose.

Heute gibt es offiziell 3 Mio. Arbeitslose – aber 1 Mio. Menschen ohne Arbeit, in Umschulung und Fortbildung sind früher zu den Arbeitslosen gezählt worden. Sie werden heute nicht dazu gezählt. Dazu kommen 1,4 Mio. Menschen, die als sogenannte „Aufstocker“ ein paar Stunden Arbeit pro Woche zugeteilt bekommen (meist 1 €/h Jobs), die sie auch annehmen müssen, da sie sonst auch Hartz IV Gelder verlieren. Auch diese Menschen ohne richtige Arbeit werden nicht zu den Arbeitslosen gezählt. In Summe sind wir also schon bei der Arbeitslosenzahl von 5,5 Mio. die vor der Einführung dieser sozialfeindlichen Regelungen registriert wurden – also nur die Art der Zählung hat sich geändert und die Verpflichtung zu gelegentlicher Billigstarbeit.

Die folgenden Merkel-Regierungen setzten den Sozialabbau eifrigst fort und so kommen heute noch ca. 6 Mio. Menschen dazu, die trotz Vollbeschäftigung weniger als 850- € brutto verdienen, womit man auch nicht menschenwürdig leben kann. Es wächst zwar die Wirtschaft, der Export und ganz besonders der von Waffen, bei

den Menschen die arbeiten oder arbeiten wollen, wächst die Armut.

So werden regelmäßig über 1,5 Mio. Menschen (1/3 davon Kinder) bei über 900 „Tafeln“ von Freiwilligen mit Lebensmitteln versorgt, die sonst im Müll landen würden. Die Zahl der Almosenempfänger nimmt ständig zu und wird mit Sicherheit um die Zahl der Flüchtlinge vermehrt, die übrigbleiben, nachdem sich die Industrie ihre „Rosinen“ an billigen Spezialisten herausgepickt hat. Auch damit steigt die Zahl jener Menschen, die sich zu Schandlöhnen vermarkten müssen und die Produktionskosten sinken – der Wirtschaftsstandort wird somit auf Kosten der arbeitenden Menschen konkurrenzfähiger..

Damit wird recht verständlich, warum diese deutschen „Reformen“ auch von unseren Wirtschaftsbossen und auch einigen roten Falotten* so bejubelt und erwünscht werden.

*Das noch immer aktive SPD-Mitglied Peter Hartz wurde am 25. Januar 2007 wegen Untreue und Begünstigung des VW-Betriebsratsvorsitzenden zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, die zur Bewährung ausgesetzt wurde, sowie einer Geldstrafe von 576.000 € verurteilt.

Die Punkte 21 bis 44 der Anklage, die Spesenmissbrauch, Prostituierte und Lustreisen betrafen, wurden im Rahmen eines Deals, des grundsätzlich geständigen Hartz mit der Staatsanwaltschaft wegen geringer Schwere eingestellt. (Wikipedia, Peter Hartz vom 2. Mai 2015, 11:51)



DAS LETZTE

Windenergie

Selbst der Ölstaat Texas produziert mit Windkraft so viel Energie wie 10 AKWs.

Spieglein, Spieglein an der Wand, wer

Eine parlamentarische Anfrage ergab, dass Österreichs Regierung seit ihrem Amtsantritt 2013 insgesamt 24.692 Euro für Visagisten und Friseure ausgegeben hat. Wobei sich dieser Betrag extrem ungleich verteilt: Bundeskanzler Werner Faymann allein zahlte für "Visagisten-Dienstleistungen" 21.786 Euro, Johanna Mikl-Leitner nur 264,- Euro.

Ob nun der Werner fast hundertmal schöner als die Johanna ist, oder ob es hundertmal teurer ist, Werner auf das Niveau von Johanna zu trimmen, werden uns die jeweiligen Parteisprecher erklären – zahlen tut's jedenfalls der Steuerzahler.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

Mit kollegialen Grüßen, "GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein bzw. Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

Oder: Empfänger: W. Leisch / Gew.gg.Atom **IBAN: AT22 6000 0000 7305 5305**



26. Oktober 2015
TAG DER NEUTRALITÄT
Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Aktionstag
Mo, 26. Oktober 2015 – 10.00 – 16.00 Uhr
Denkmal der Republik
1010 Wien, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
(neben dem Parlament, Richtung Bellaria)

Kommt zum Aktionstag!

Bitte helft aktiv mit! Es ist wichtig, dass ihr uns beim Verbreiten unterstützt!

Die letzte Seite (Rückseite) dieser Aussendung kann kopiert und verbreitet werden!

Weitere Vorbereitungstreffen dazu:

Mo 12. 10. 2015 um 19.00 Uhr

Mo. 19.10. 2015 um 19.45 Uhr

Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien

*

Bestellt und verbreitet die Broschüre

„Kriegstreiber am Werk“, sie ist ein Medium gegen den Krieg!

Anhand einer Fülle von Fakten und Zitaten, die in dieser Dichte kaum sonst wo zusammengestellt sind, zeigt die Broschüre die Interessen und Pläne der Kriegstreiber auf. Sie bietet eine Menge an Material für Argumentation und Diskussion. Die Broschüre ermutigt, zusammenzufinden und gemeinsam gegen die Kriegstreiber und für die Neutralität Österreichs aufzutreten.

Bestellung unter: ggae@gmx.at

Einzelpreis: 4,80 € exkl. Porto. Bitte am Zahlschein „Broschüre“ angeben.

Ab Bestellung von 10 Stück: 3,- €/Stk. exkl. Porto.



Aufruf zur Teilnahme am

26. Oktober 2015

TAG DER NEUTRALITÄT

Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Aktionstag

Mo, 26. Oktober 2015 – 10.00 – 16.00 Uhr

Denkmal der Republik

1010 Wien, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

(neben dem Parlament, Richtung Bellaria)

70 Jahre nach dem Ende von faschistischer Diktatur und Zweitem Weltkrieg,

60 Jahre nach der Entscheidung Österreichs für die immerwährende Neutralität als Folge der Erfahrung aus zwei verheerenden Weltkriegen und des Willens der österreichischen Bevölkerung, nicht mehr mitzumarschieren, nicht mehr für fremde Großmachtinteressen in den Krieg gezwungen zu werden,

20 Jahre nach dem Beitritt Österreichs zur EU, zum großen „Friedensprojekt“,

finden auf der Welt offene und verdeckte Kriege statt, sind auch mitten in Europa wieder Kriegstreiber am Werk.

Am 26. Oktober 1955 erklärte Österreich im Parlament seine „immerwährende Neutralität“. Die Neutralität ist das Ergebnis der Auswirkungen und der Erkenntnisse aus dem II. Weltkrieg, nie wieder in Kriege hineingezogen zu werden, nie wieder an Kriegen teilnehmen zu wollen.

Heute: Schon vor und spätestens seit dem EU-Beitritt Österreichs (1995) wurde und wird immer mehr die Neutralität Österreichs von den Herrschenden aller Parteirichtungen als überlebt erklärt. Doch mehr als 90 Prozent der ÖsterreicherInnen sind trotz aller Medienmache für die Beibehaltung der Neutralität. Deshalb probieren es die Verantwortlichen vom Bundespräsidenten abwärts damit, zwar zu sagen: „Wir sind neutral“, doch in Wirklichkeit machen sie die Kriegspropaganda und Kriegspolitik von EU, USA, Deutschland usw. – sei es mit oder ohne UNO-Mandat – mit. Jetzt wird sogar das durch die Kriegstreiber in Nordafrika und im Nahen Osten erzeugte Flüchtlingsdrama dazu benutzt, noch mehr Kriegseinsätze – auch unter Beteiligung österreichischer „Berufssoldaten“ – zu fordern, statt das Volksbegehrens-NEIN zu einem Berufsheer (über 60 Prozent dagegen) zu akzeptieren.

Gerade in der heutigen Zeit, die mehr also noch vor 20, 30 Jahren von Krisen und Kriegen gekennzeichnet ist, ist die Neutralität Österreichs und echte Neutralitätspolitik zur Erhaltung von Frieden und Wohlstand notwendiger denn je!

Ja zur Neutralität – Nein zu Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Für ein neutrales, unabhängiges und demokratisches Österreich!

Einhaltung strikter Neutralitätspolitik zur Friedenssicherung!

Keine schleichende Einführung einer Berufsarmee!

Kein Geld für Kriegspropaganda im Namen der „EU-Solidarität“!

Solidarität mit den Flüchtlingen ist ein Zeichen für den Frieden und gegen den Krieg !

Kein Geld und keine Truppen aus Österreich im Ausland für EU-, NATO- oder NATO-„Partnerschafts“-Einsätze!

Nie wieder Krieg – Neutralität statt Mitmarschieren!

Ausbau von Sozialstaat und Demokratie statt Krise, Sozialabbau, Unterdrückung und Krieg!

Solidarität ist unsere Stärke – Widerstand unsere Chance!